

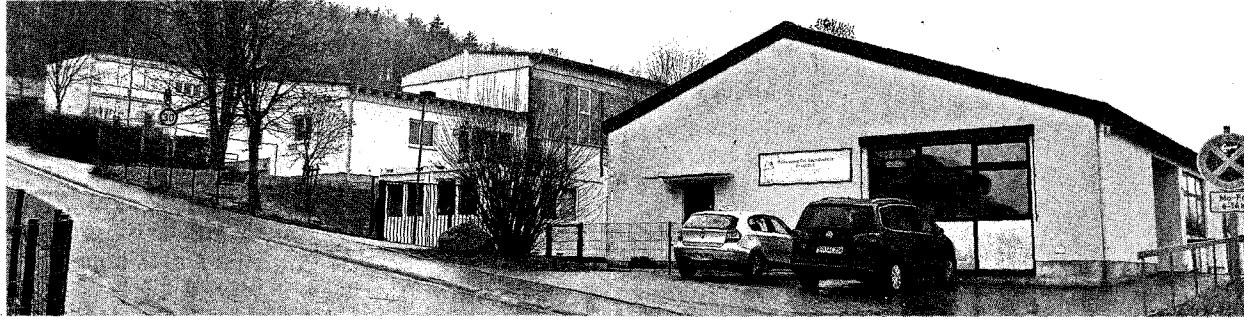
Stotternder Pakt für den Nachmittag

Brachtaler Grundschule mit Planung und Umsetzung in Zeitverzug

Brachtal (erd). Die Betreuung der Grundschüler hat die Brachtaler Gemeindevertreter schon öfters beschäftigt. So haben sie im August eine Resolution beschlossen, in der die Schule aufgefordert wurde, dem Pakt für den Nachmittag beizutreten, nachdem die Schulleitung dieses abgelehnt hatte. Nun gab Bürgermeister Wolfram Zimmer den Gemeindevertretern einen Zwischenbericht. Danach ist die Umsetzung des Pakts für den Nachmittag in Zeitverzug.

Die Nachmittagsbetreuung der Brachtaler Grundschüler läuft derzeit reibungslos, denn der Förderverein betreibt die betreute Grundschule seit Jahren und besitzt reichlich Erfahrung. Allerdings soll das Ganztagsangebot künftig über die Schulen und die Schulträger laufen, statt über private Vereine und die Gemeinden.

Während der Pakt für den Nachmittag an anderen Schulen längst umgesetzt ist, ist die Umsetzung in Brachtal offenbar ins Stottern geraten. Bürgermeister Zimmer holte in seinem Sachstandsbericht relativ weit aus, um die Gemeindevertreter auf den aktuellen Stand zu bringen. Am Anfang stand die Absage der Schulleitung zu Beginn des Schuljahres. Das sei entschieden worden, ohne die Schulkonferenz, in der auch Elternvertreter sitzen, zu beteiligen. Das hob die Gemeinde und die Gemeindevertretung auf den Plan. Derzeit erfolgt die Betreuung über den Förderverein, in dem ehrenamtlich Tätige enorme Verantwortung übernehmen. Die Betreuung braucht aber auch die Unterstützung der Gemeinde, sei es finanziell oder durch die Abwicklung der Personal- und Lohnangelegenheiten.



Die alte Post beherbergt derzeit die betreute Grundschule, das Schulgebäude selbst liegt oberhalb.

FOTO: MÖSER-HERD

ten. Die Gemeindevertretung hat darauf die Resolution verfasst, beschlossen und an die Schulleitung weitergeleitet. Daraufhin tagte die Schulkonferenz und habe den Beitritt doch noch beschlossen.

Der Main-Kinzig-Kreis als Schulträger hat sich eingeschaltet. Landrat Thorsten Stolz und Kreisbeigeordneter Winfried Ottmann, der auch Schuldezernent ist, besuchten im Oktober die betreute Grundschule, um sich ein Bild zu machen. Zu klären war, ob das alte Postgebäude auch weiterhin für den Pakt für den Nachmittag genutzt werden kann. Die Betreuung platzt aus allen Nähten, sodass der Förderverein bereits zwei Container nutzt, um die Kinder unterzubringen. Optionen sind ein Umzug des Musikvereins, der seinen Vereinsraum ebenfalls im Gebäude hat, aber auch eine Aufstockung, falls diese technisch möglich ist. Denkbar wären ein Verkauf an den Kreis oder die Vermietung durch die Gemeinde Brachtal als Eigentümerin. Klar sei allerdings gewesen, dass bauliche Veränderungen erst im Jahr 2021 möglich seien.

Der Main-Kinzig-Kreis hat mit der Umsetzung die Zentralstelle für Kinder- und Jugendförderung (ZKJF) beauftragt. Danach habe es mehrere Gespräche mit Geschäftsführer

Dr. Guido Knörzer und dem zuständigen Fachbereichsleiter Friedhelm Duch gegeben. Es wurde eine Projektgruppe gegründet, die erstmals am 14. Januar zusammenkam. Allerdings habe bei diesem Treffen die Leitung der Grundschule gefehlt. In der Folge sei dann das Interessenbündelungsverfahren zu spät angegangen. Üblicherweise geschehe dies mit einem Elternabend, an dem die Betreuungsmodule vorgestellt werden. Diesen habe es in Brachtal nicht gegeben, stattdessen sei erst jetzt der Bedarf bei den Eltern abgefragt worden. In der Schule seien die Blätter am 28. Februar, in den Kindergärten für die Erstklässler erst am 2. März verteilt worden, mit der Bitte um Rücklauf bis 6. März, weil der Träger bereits am 15. März die Zahlen für die Förderung melden müsse. Das sei zu knapp.

Befremdlich findet Zimmer, dass die Schule sich bereits klar für eine Umsetzung mit dem Internationalen Bund (IB) positioniert habe, obwohl auch der Förderverein wiederholt sein Interesse bekundet habe. Es sei sogar eine Vertragsunterzeichnung terminiert gewesen, auch habe die Schule die Mitarbeiter in der laufenden Betreuung darüber informiert, dass sie ab dem nächsten Schuljahr eventuell einen neuen Arbeitgeber

bekommen. Der IB wolle nämlich nicht den Betrieb der Betreuung übernehmen, sondern nur die Mitarbeiter. Doch dafür werde es inzwischen zeitlich eng, da Kündigungsfristen einzuhalten sind. Das gelte auch für den Mietvertrag mit der Gemeinde, da es noch keine Zusage für die Gebäudenutzung gebe. Zimmer kritisierte, dass offenbar keine ausreichende Projektplanung und Konzeption vorhanden sei. Deshalb sei nicht auszuschließen, dass der Pakt für den Nachmittag doch noch kippen oder verschoben werden könnte. Die Eltern brauchen sich allerdings wenig Sorgen zu machen, denn die Betreuung sei auch über den Förderverein gesichert.

Bislang seien die Informationen von der Schule dürftig, kritisiert Zimmer. Allerdings seien Zahlen bekannt geworden, welche ein Defizit von 180 000 Euro vorhersagen. Das bedeute einen deutlich höheren Elternanteil als bisher und auch höhere Belastungen für die Gemeinde, welche der Haushalt nicht hergebe. 60 000 Euro mehr bedeuten für die Gemeinde eine Grundsteuererhöhung von 40 Prozentpunkten. Es sei noch viel zu klären, sagt Zimmer. Ziel sei eine funktionierende Betreuung und der Erhalt der Arbeitsplätze.